

Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de

Ausgabe Januar 2023

Hinweis: Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.

Das politische und weltanschauliche [Selbstverständnis des Redaktionsteams](#) sowie das [Impressum](#) mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@buergerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- **Editorial**
- **Eliane Perret: Ein Kind, das alles ohne Gegenleistung bekommt, wird nicht gestärkt**
- **Helmut Scheben: ... Zensur ...: Wehret den Anfängen!**
- **Christian Fischer: Demokratie ist schön, macht aber mehr Arbeit als man denkt.**
- **Reto Vogt: Beschluss für europaweit einheitliche E-ID ...**
- **N. Häring: Die EU will unsere Gesundheitsdaten zur Ware machen und uns die Möglichkeiten nehmen, dem zu widersprechen**
- **N. Häring: Die Gründe für eine Bargeldobergrenze sind vorgeschoben – die Vorgeschichte zeigt es deutlich**
- **K. Leukefeld: Die Welt ist in enormer Umbruchsphase**
- **Wolfgang Herzberg: Verhandlungslösung – Alternativlos!**
- **Klaus von Dohnanyi: Ukraine: Es ist zu viel Blut geflossen**
- **GFP: Berlin und der "ukrainische Holocaust"**
- **Sergej J. Netschajew: Absurde Faktenverdrehung**
- **Rudolf O. Zucha: Massenpsychologische Aspekte der Psychologischen Kriegsführung**
- **Th. Röper: Young-Global-Leaders-Programm des WEF ist ein Projekt der CIA**
- **GFP: Europas Standards**
- **Werner Kirstein: Klimawandel - Realität, Irrtum oder Lüge**

Zitat des Monats von [Karl Jaspers](#):

Friede ist nur durch Freiheit, Freiheit nur durch Wahrheit möglich.

Zu Beginn unserer ersten Ausgabe im neuen Jahr verweisen wir auf ein sehr lesenswertes Interview mit Eliane Perret, die eine **Zunahme psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen** durch Unterlassen von führenden und stärkenden Erziehungszielen und -praktiken begründet sieht. Sie untermauert das mit wichtigen pädagogischen Erfahrungen aus ihrer Berufspraxis.

Im zweiten Beitrag beschreibt Helmut Scheben die oft **unsichtbare Zensur**, die u.a. durch die mächtigen Medienkonzerne stattfindet. Nicht nur gegen diese demokratie-feindlichen Tendenzen wendet sich die neue Homepage **“Demokratie ist schön“** von Christian Fischer. Norbert Häring und Reto Vogt befassen sich in den nächsten drei Beiträgen kritisch mit der **Aufweichung des Datenschutzes** durch EU-weite Einführung einer Online-Identifizierung und eines Gesundheitsdaten-Ermächtigungsgesetzes sowie Tendenzen zur Einschränkung des Bargeldverkehrs.

Der außenpolitische Teil beginnt mit einem Bericht von Karin Leukefeld über den Iran, der weiter vom Westen sanktioniert und isoliert wird, während der **Einfluss des Westens im Nahen und Mittleren Osten** zurückgeht. Die nächsten Beiträge beziehen sich auf den Ukrainekrieg. Wolfgang Herzberg und Klaus von Dohnanyi appellieren an den Westen, ihr Vormachts-Streben aufzugeben, bzw. als Europäer eine **selbständige Friedenspolitik** zu betreiben. Stattdessen, so die nächsten Beiträge, wird mit der historisch unzutreffenden Einstufung des **Holodomor als Genozid** durch den Bundestag die Feindseligkeit weiter angestachelt.

Das leitet über zu den Betrachtungen verschiedener Autoren über **massenpsychologische Aspekte der Kriegsführung**, die von Rudolf Zucha vorgestellt werden. In diesem Zusammenhang ist auch die Darstellung von Thomas Röper über das vom CIA initiierte und unterstützte **Young-Global-Leaders-Programm** interessant, aus dem viele prominente Politiker hervorgegangen sind. Das führt wohl auch mit dazu, dass westliche Politik gern **unterschiedliche Standards** verwendet, je nachdem ob es um eigene Interessen oder um die von unbequemen Ländern geht. GFP zeigt das anlässlich der Klimakonferenz in Sharm el Sheikh auf.

Die unterschiedlichen Standards sind auch bei einem anderen Thema sichtbar: Dieselben Politiker, die den Klimaschutz propagieren, haben wenig Probleme damit, die massiven **CO2-Emittenten Militär und Kriegsführung** zu fördern und propagieren. Unabhängig davon gibt es an dem menschengemachten Beitrag zum Klimawandel erhebliche Zweifel, die **Werner Kirstein** erläutert.

[Inhalt](#) ↑

● Eliane Perret: **Ein Kind, das alles ohne Gegenleistung bekommt, wird nicht gestärkt**

Eliane Perret, die bis 2020 eine Schule für vom schulpsychologischen Dienst oder von Kinder- und Jugendpsychiatrie zugewiesene Kinder leitete, sieht in der großen Zunahme psychischer Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen kein von der Covid-Pandemie verursachtes, sondern dadurch verstärkt zutage getretenes Problem. Sie hat auch beobachtet, dass in den unteren Altersstufen vor allem männliche Kinder und Jugendliche und in den oberen Altersstufen vor allem weibliche Jugendliche betroffen sind. Die Ursache für dieses zunehmende Phänomen sieht Perret darin, dass viele Kinder orientierungs- und haltlos sind. “Sie wissen nicht recht, wohin mit sich. Diese Leere füllen sie mit den sozialen Medien. Heute redet man viel von Selbstwirksamkeit, aber

eine solche erlebt man nur in der echten Welt, nicht virtuell. Jugendliche brauchen deshalb mehr Bodenhaftung, mehr Realität.“ Geschichten aus virtuellen Welten helfen den Jugendlichen nicht, sich den alltäglichen Anforderungen gewachsen zu fühlen. [“Aber das Gefühl, Schwierigkeiten bewältigen zu können und sich dabei auch mit anderen zusammenzutun, ist essenziell für junge Menschen.”](#) Dieses Gefühl können Jugendliche vor allem in einer Berufslehre entwickeln, wo sie Lösungen für reale Aufgaben finden, sich anleiten lassen und das nötige Wissen aneignen können.

Der immer häufiger gesuchte Weg, die jungen Menschen aufs Gymnasium zu schicken, sei heute für orientierungs- und haltlos gewordene Kinder oft ebenso wenig der richtige Weg, wie den Kindern alle Schwierigkeiten aus dem Weg zu räumen. Die für junge Menschen notwendige sichere Bindung entstehe, “wenn ein Kind von den Eltern klare Leitplanken erhält“, wenn sie lernen, sich in ein soziales Gefüge einzuordnen. Mit der Hinwendung zu einem biologistischen Menschenbild bei der Behandlung von Entwicklungsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten sei leider ein Weg eingeschlagen worden, der den betroffenen jungen Menschen nicht helfe, die psychosozialen Ursachen und Umweltbedingungen ihrer Probleme zu überwinden.

[Eliane Perret](#) ist Heilpädagogin und Psychologin und war bis 2020 schulische Heilpädagogin und Schulleiterin einer Sonderpädagogischen Tagesschule für Kinder und Jugendliche mit Lern- und Verhaltensauffälligkeiten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Helmut Scheben: **Ein neues Zeitalter der Zensur bricht an: Wehret den Anfängen!**

Google oder Twitter sind längst nicht mehr einfach private Unternehmen, die im gesetzlichen Rahmen tun und lassen können, was sie wollen. Nach Helmut Scheben [“verfügen diese Konzerne über eine internationale Marktmacht im politisch und demokratisch sensiblen Informationsangebot.](#)“ Zensur von geschriebenen Texten gab es, seit die Schrift erfunden wurde.“ Der durch die digitale Revolution grenzenlos mögliche freie Zugang zu Informationen hat nach Scheben eine politische Sprengkraft, die bei den Herrschenden nicht ohne Reaktion bleibe. So habe z.B. die EU unter Ursula von der Leyen ein digitales Grundgesetz (Digital Service Act) eingeführt, mit dem zwar die Gewährleistung der freien Meinungsäußerung versprochen wurde, aber gleichzeitig werde die Sperrung russischer Staatsmedien und chinesischer TV-Nachrichten vollzogen.

Scheben führt viele Beispiele der Zensur im Westen an, Zensur, die auch Netzwerk-Giganten in völliger Intransparenz praktizieren. Damit werde der Bevölkerung die Kompetenz abgesprochen, bei Informationen aus dem Ausland Lügen und Irreführungen selbst zu erkennen. Gleichzeitig werde aber in den westlichen Medien nach Möglichkeit dafür gesorgt, dass die transatlantische Sichtweise dominiert. Die so praktizierte Zensur führt nach Scheben dazu, dass Menschen aus Angst vor sozialer Isolierung und Konflikten nicht mehr wagen, zu ihrer Meinung zu stehen.

[Helmut Scheben](#), Jg. 1947, studierte Romanistik. promovierte 1980. Von 1980 bis 1985 war er als Presseagentur-Reporter und Korrespondent für Printmedien in Mexiko und Zentralamerika tätig. Ab 1986 war er Redakteur der Wochenzeitung; von 1993 bis 2012 war er Redakteur und Reporter im Schweizer Fernsehen SRF. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Christian Fischer: **Demokratie ist schön, macht aber mehr Arbeit als man denkt.**

Auf der Website www.Demokratie-ist-schoen.de werden in verschiedenen Artikeln einzelne Kernthemen vorgestellt und manches davon in anderen Artikeln genauer betrachtet, sodass ein mosaikartiges Bild von unterschiedlichen Aspekten der Demokratie entsteht. Es geht um [Themen wie Genossenschaft und Herrschaft, Nationale Vielfalt und Europäische Union, Bildung und](#)

[Freiheit](#). Die Direktere Demokratie wird am Erfolgsmodell Schweiz genauer betrachtet, die Kampagnenpolitik am Beispiel Klimawandel – und anderes mehr.

Die Website hat den Anspruch, das Nachdenken über Demokratie zu vertiefen und der derzeitigen Tendenz zur Spaltung in einander nur noch misstrauende Lager entgegenzuwirken. Denn es führt zu keinem guten Ende, wenn politisch gleich oder ähnlich gesinnte Bürger nur noch unter "ihresgleichen", aber kaum mit anderen ernsthaft reden, weil sie das schon für sinnlos halten oder allzu sehr von ihren eigenen Sichtweisen überzeugt sind. Das Demokratie-Mosaik dieser Website hat keinen Anspruch auf Vollständigkeit, es wird im Lauf der Zeit schrittweise erweitert werden und nimmt gelegentlich auch zu aktuellen Themen Stellung.

Christian Fischer, Jg. 1951, promovierter Ingenieur, zahlreiche Fachpublikationen in Bauphysik; politisch und journalistisch tätig mit Publikationen in den Zeitschriften 'Zeit-Fragen', 'Zeitgeist.online'; Redaktionsmitglied beim 'Bürgerbrief für Frieden und Demokratie'. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Reto Vogt: Beschluss für europaweit einheitliche E-ID gefasst**

Am 06.12.2022 stimmte der EU-Rat einer Reform der eIDAS-Verordnung (Electronic Identification, Authentication and Trust Services) zu. Aufgrund der Ratifizierung des Papiers müssen alle Mitgliedsstaaten eine Software namens "European Digital Identity Wallet" anbieten. Plattformbetreiber wie Meta (Facebook), Amazon oder Google sollen von der EU verpflichtet werden, die neue, gesamteuropäische ID zu unterstützen. Damit will die EU [eine europaweit einheitliche digitale Identität für die Online- und Offline-Identifizierung der Bürger schaffen](#). Bislang haben jedoch nur "19 der insgesamt 27 EU-Staaten Systeme auf Basis von eIDAS eingeführt". Zudem seien diese zueinander meist inkompatibel. Dennoch sollen sich bis ins Jahr 2030 rund 80% aller Bürger mit der neuen ID ausweisen können. Während die Wirtschaft die Reform begrüßt, stoße sie bei Datenschützern, Bürgerrechtsorganisationen und IT-Experten auf Widerstand.

Reto Vogt, Jg. 1985, machte kaufmännische Berufsmatura, Studium der Wirtschaftsinformatik und journalistische Grundausbildung. Von 2009 bis 2015 Mitarbeit in verschiedenen Redaktionen, von 2016 bis 2019 Redaktionsleitung beim Migros-Magazin, dann freischaffender Journalist und seit 2021 Chefredakteur bei "www.inside-it.ch". (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- **Norbert Häring: Die EU will unsere Gesundheitsdaten zur Ware machen und uns die Möglichkeiten nehmen, dem zu widersprechen**

Das im Entwurf vorliegende Gesundheitsdaten-Ermächtigungsgesetz der EU-Kommission sieht vor, die Gesundheitsdaten aller Bürger der EU verfügbar zu machen und zu monetarisieren. [Entziehen könnten sich Patienten laut der Stellungnahme des 'Vereins Patientenrecht und Datenschutz' dem nur, indem sie nicht mehr zum Arzt gehen](#). Der Verordnungsentwurf führt Projekte weiter, die in Deutschland und Frankreich bereits begonnen haben, und dort von Datenschützern scharf kritisiert werden: Den französischen "Health Data Hub" und das deutsche "Forschungsdatenzentrum Gesundheit", dessen Einsammeln von Patientendaten bei den Krankenkassen bereits Gegenstand einer Klage der Gesellschaft für Freiheitsrechte ist.

Der Verein setzt die Ziele sowie die fragwürdigen Passagen des Gesetzentwurfs auseinander. Der Verein lehnt die Pflicht, Patientendaten zum Online-Zugriff bereitzuhalten ab, da dies die Daten massiv gefährde. Er vermisst Pflicht, die Daten in der EU zu speichern. Die Vorschriften zum Datenschutz sei unzureichend. Der Verein macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung des Gesundheitswesens laut AEUV in der alleinigen Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten liegt; nur die

Normierung und ein grenzüberschreitender Austausch könnten in einer EU-Verordnung geregelt werden. Mit den im Entwurf formulierten Vorschriften zur Primären und Sekundären Datennutzung überschreite die Kommission ihren Kompetenzbereich.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) 

- **Norbert Häring: Die Gründe für eine Bargeldobergrenze sind vorgeschoben – die Vorgeschichte zeigt es deutlich**

Die EU-Kommission will es, Bundesinnenministerin Nancy Faser hat sich dafür ausgesprochen, Finanzminister Christian Lindner hält es für unabwendbar: das EU-weite Verbot, Beträge von mehr als 10'000 Euro bar zu bezahlen. Es ist nach Häring ein weiterer Schritt zur Kriminalisierung der Bargeldnutzung und Verdrängung des Bargelds mit erkennbar vorgeschobenen Gründen. Die von Häring dargelegte Vorgeschichte zeigt, dass es seit 2015 bei verschiedenen angedachten oder durchgeführten kleinschrittigen Maßnahmen oder auch Anleitungen darum geht, das Bargeld zu beseitigen. Die jüngste Masche ist demnach, den Zugang zu vielen Geldautomaten zwischen 23 Uhr und 6 Uhr zu sperren. Das dabei immer wieder angeführte Argument, mit all diesen Maßnahmen die Kriminalität zu bekämpfen, ist nicht stimmig. In Schweden hat sich die [Kriminalität in großem Maß in den digitalen Bereich verlagert](#). Die kriminell genutzten gesetzlichen Schlupflöcher für Großkapital werden nicht abgeschafft. Häring zieht daraus den Schluss, dass es bei der Bargeldabschaffung nicht um Kriminalitätsbekämpfung, sondern um die Vervollkommnung der Kontrolle über die Bürger und zum Vorteil der Finanzbranche geht.

[Norbert Häring](#), Jg. 1963, Volkswirt; seit 1997 Wirtschaftsjournalist (Gründer der 'Financial Times Deutschland'), seit 2002 beim Handelsblatt. Häring betreibt eine eigene Homepage. (Red.)

[Inhalt](#) 

- **Karin Leukefeld: Die Welt ist in einer enormen Umbruchsphase**

Als Karin Leukefeld vor Jahren im Iran war, hat sie die Frauen als sehr selbstbewusst erlebt, die den überwiegenden Anteil an Studierenden stellen und auch in technischen Berufen stark vertreten sind. Die Probleme, die der Iran habe, seien wie in allen Ländern "sehr vielschichtig, aber was wir im Moment sehen, das Verhalten der USA oder der EU, die Äußerungen, die sie machen, und die Maßnahmen, die sie gegen das Land ergreifen, erinnern mich sehr an den Beginn des Syrienkrieges."

Hinter der medialen Verurteilung, den Sanktionen und der politischen Isolation gibt es nach Leukefeld eine Absicht und ein Interesse. Sie [erinnert daran, dass der Iran seit 9/11 auf der Liste der Länder steht, "die man aus den Angeln heben soll"](#). Zudem werde die iranisch-russische Kooperation in Washington als eine profunde Bedrohung gesehen. Auch die zunehmende Kooperation mit China sei für die USA Anlass, den Iran zu destabilisieren, indem die Unzufriedenheit einiger Iraner und die gesellschaftlichen Bruchstellen des Iran ausgenutzt werden. Leukefeld sieht aber, dass mit dem Abzug aus Afghanistan der westliche Einfluss in der Region insgesamt zurückgeht. Das sei auch daran zu erkennen, dass der Iran und Saudi-Arabien unter Vermittlung Russlands wieder miteinander ins Gespräch gekommen waren, was aber durch das Attentat auf den iranischen General Kassem Soleimani ins Stocken geraten sei. Im weiteren Verlauf des Interviews geht Leukefeld auf die einzelnen Rollen, die Großbritannien, die USA, die Türkei und Deutschland in der Region des Nahen Ostens spielen.

[Karin Leukefeld](#), Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Wolfgang Herzberg: **Verhandlungslösung – Alternativlos!**

Als Nachkomme jüdisch-deutscher Überlebender sollten nach Wolfgang Herzberg "gerade in Deutschland [...] die politisch Verantwortlichen daran entscheidend mitwirken, dass die friedenspolitischen und antifaschistischen Grundwerte der Vereinten Nationen, dem wohl wertvollsten diplomatischen Erbe der Menschheit, seit der Beendigung des Ersten und Zweiten Weltkrieges, das mit dem [Schwur von Buchenwald: 'Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!'](#) übereinstimmt, nicht erneut durch die falschen Mittel einer gegenseitigen Kriegspolitik zerstört werden." Für Herzberg ist es "eine irrationale, antidemokratische, autoritäre 'Herrenmenschen'-Ideologie [...], wenn angeblich nur die westliche Welt das Grundrezept für eine humane Zukunft der gesamten Erde in den Händen hielte, um sie dann auch noch mit kriegerischen Mitteln durchzusetzen". Um einen Globalkrieg abzuwenden und einen Friedensweg zu gemeinsamer Sicherheit und Zusammenarbeit zu finden, ist für Herzberg eine Verhandlungslösung zum Ukraine-Konflikt alternativlos.

[Wolfgang Herzberg](#), Jg. 1944, studierte Kulturwissenschaft und war von 1974 bis 1979 als freiberuflicher Rechercheur, Redaktions- und Regieassistent beim Dokumentarfilm und Fernsehen der DDR beschäftigt. Er ist Publizist von biographischen Interviewbüchern, Autor von Rocktexten, Liedern und Gedichten. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Klaus von Dohnanyi: **Ukraine-Krieg: Es ist zu viel Blut geflossen**

Die Äußerung von US-Generalstabschef Mark Milley vor wenigen Tagen, eine politische Lösung im Ukraine-Krieg sei wahrscheinlicher als ein ukrainischer Sieg, sieht Klaus von Dohnanyi noch nicht als Kurskorrektur der USA, sondern als [Beginn einer unausweichlichen Debatte](#). Die politische Lösung komme wieder auf die Tagesordnung, da sich die Mehrheitsverhältnisse im US-Repräsentantenhaus durch die Wahl verschoben haben und auch bei den Demokraten Stimmen, die während des Wahlkampfs zurückgepfiffen wurden, wieder laut werden. "Europa, Frankreich und Deutschland sollten nun eiligst auf politischer und militärischer Ebene in Washington Anschluss an die von Milley eröffnete Debatte suchen und diese in die nationalen Parlamente tragen. Dazu brauchen wir Debattenfreiheit: Fraktionszwang beim Friedensthema wäre undemokratisch!" Dohnanyi sagt: "Aber wir werden dorthin zurückkehren müssen, wo der Krieg seinen Ursprung hatte: Die Ukraine muss einen Sicherheitsstatus ohne Nato, und der Donbass muss Autonomie erhalten, möglichst völkerrechtlich als Teil der Ukraine. Russland muss sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen. Sanktionen wären dann Zug um Zug aufzuheben."

[Klaus von Dohnanyi](#), Jg. 1928, ist Jurist und Politiker. Er war von 1969 bis 1981 Mitglied des Deutschen Bundestags, von 1972 bis 1974 Bundesminister für Bildung und Wissenschaft sowie von 1981 bis 1988 Erster Bürgermeister der Hansestadt Hamburg. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- GFP: **Berlin und der "ukrainische Holocaust"**

Der Deutsche [Bundestag erklärt die Hungersnot in der Ukraine während der Jahre 1932 und 1933 zum Genozid](#), der von der politischen Führung der Sowjetunion unter Josef Stalin zu

verantworten sei, und übernimmt damit eine politisch motivierte Einstufung aus dem Milieu der ukrainischen NS-Kollaborateure im kanadischen Exil. Dieser Einstufung sind bereits mehrere westliche Staaten und Parlamente gefolgt, z.B. Kanadas Regierung 2008, der US-Senat 2018. Ende der 1980er Jahre wurde die Behauptung eines Genozids in dem neu geschaffenen Wort "Holodomor" gebündelt. Historiker weisen diese Einstufung in der überwiegenden Mehrheit zurück, nicht zuletzt, weil die Hungersnot die Bevölkerung in agrarischen Regionen in der gesamten Sowjetunion traf.

Der Bundestag hat den von der Ampelkoalition und der Union eingebrachten [Antrag 20/4681 zum "Holodomor"](#) am 30.11.22 [mit großer Mehrheit \(linke und AfD enthielten sich\) verabschiedet](#), trotz der vielen Stimmen, die sich gegen die damit verbundene historische und völkerrechtliche Falscheinordnung erhoben. Ein Teil dieser Stimmen wird im Folgenden angeführt.

Sevim Dagdelen stellt erschrocken fest, dass mit der Genozidfeststellung vom Bundestag "das [Narrativ ukrainischer Nationalisten übernommen](#) wurde, offenbar, [...], um einseitigen russischen Narrativen entschieden entgegenzuwirken". Dabei seien die Erkenntnisse von Historikern, auch vom Simon-Wiesenthal-Zentrum ignoriert worden. "Die geschichtspolitischen Feststellungen der Antragsteller werden in direkten Zusammenhang zur Lieferung von immer mehr und immer schwereren Waffen an die Ukraine durch die Bundesregierung gerückt."

[German-Foreign-Policy \(GFP\)](#), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Sergej J. Netschajew: **Absurde Faktenverdrehung**

Der russische Botschafter in Berlin, Sergej J. Netschajew, weist zu dem Aufruf des Bundestages darauf hin, dass aus historischen Dokumenten ersichtlich sei, "dass infolge der Hungersnot, die 1932/1933 große Teile der UdSSR traf, 7 Millionen Menschen, darunter zirka 2,5 Millionen im russischen Kernland und 1,5 Millionen auf dem Gebiet Kasachstans, starben. Der Hunger war massenhaft und suchte sich seine Opfer nicht aus. Er begann mit einer starken Dürre und daraus resultierender Missernte, mit denen außerordentliche Maßnahmen der Sowjetregierung im Rahmen der Zwangskollektivierung einhergingen. Diese harten Maßnahmen wurden in ausnahmslos allen Agrargebieten der UdSSR umgesetzt.

Infolgedessen wurden von der Hungersnot nicht nur die Ukraine, sondern auch der Süden Weißrusslands, die untere Wolga, Kasachstan, das Dagestanie, das Kubangebiet, der Nordkaukasus, der Südrussland und Westsibirien betroffen. [Es waren nicht nur Ukrainer, die hungerten und starben, sondern auch Russen, Belarussen, Tataren, Baschkiren, Kasachen, Tschuwaschen, Wolgadeutsche sowie andere Völker.](#)" Nach Netschajew ist es unstrittig, dass es zu der erschreckenden Tragödie gekommen sei, aber es sei "auch offensichtlich, dass die Wegnahme von Getreide in den Bauernhäusern nicht das Ziel hatte, eine besondere nationale Gruppe, u. a. die Bevölkerung der Ukraine, mutwillig zu vernichten, die zudem nicht monoethnisch, sondern stets multinational war.

Die Fehler und tragischen Konsequenzen der Hungersnot in der UdSSR wurden bereits 1933 offiziell zugegeben. Die Sowjetregierung organisierte eine großangelegte Nahrungsmittelhilfe für Regionen, die am härtesten vom Hunger betroffen waren, die Ukraine inklusive.

Dass man die für zahlreiche Völker der UdSSR gemeinsame Tragödie der Hungersnot zu Beginn der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts als eine gezielte Ausmerzung einer bestimmten Bevölkerungsgruppe aufgrund ihrer ethnischen (ukrainischen) Zugehörigkeit darstellt und dabei millionenfache Opfer anderer Nationalitäten übersieht, ist unverzeihbar und unanständig. Mit diesem Narrativ, das mit Objektivität nichts zu tun hat, verfolgt man das Ziel, antirussische Stimmungen zu schüren und in diesem Sinne die Geschichte aktiv und russophob zu revidieren."

[Sergej J. Netschajew](#), Jg. 1953, studierte Germanistik an der Lomonossow-Universität und ist russischer Diplomat. Er trat 1977 in den diplomatischen Dienst der Sowjetunion ein und arbeitete für deren Botschaft in der DDR. In den 1990er- und 2000er-Jahren füllte er [verschiedene diplomatische Funktionen](#) in Deutschland aus. Erfahrungen als Botschafter sammelte er von 2010 an in Wien. Seit 2018 ist er Botschafter in Berlin. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Rudolf O. Zucha: **Massenpsychologische Aspekte der Psychologischen Kriegsführung**

Rudolf o. Zucha legt uns eingangs seines Artikels [die massenpsychologischen Aspekte der Psychologischen Kriegsführung](#) dar, wie sie schon in der Antike angewandt, seit dem 19. Jh. weiterentwickelt und in der jüngeren Geschichte immer wieder genutzt wurden. Auch im Ukraine-Konflikt werde die Propaganda angewandt, um die psychologischen Widerstände gegen den Krieg zu überwinden, ja die Bevölkerung für den Krieg zu mobilisieren. Zucha legt dar, welche Grundsätze (Zehn Grundsätze der Kriegspropaganda) dabei gelten und wie vorgegangen wird. Der aktuelle Krieg in der Ukraine bestätige einmal mehr die Praxis der zuvor beschriebenen Kriegspropaganda auf allen Seiten.

Zucha legt dann die lösungsorientierten, historisch fundierten Analysen und Vorschläge des ehemaligen US-Außenminister Henry Kissinger ausführlich dar. Nach Kissinger sei die Voraussetzung für den Frieden, dass die Ukraine nicht der Vorposten der einen Seite gegen die andere sein dürfe, sondern nur als Brücke Chancen für den Frieden habe. Diese Sicht werde von Klaus von Dohnanyi und Noam Chomsky bestärkt. Am Beispiel des Offenen Briefs von 28 Prominenten um Alice Schwarzer sieht Zucha, dass die mediale Auseinandersetzung weiter geht, mit welcher die psychologische Kriegsführung fortgesetzt werde.

[Rudolf O. Zucha](#), Jg. 1940, studierte er Psychologie, Philosophie und Anthropologie an der Universität Wien. Seit 1980 wirkt er als Psychotherapeut in Wien-Meidling und Villach, seine Schwerpunkte liegen auf den Gebieten Arbeit und Beruf. Er ist Vorsitzender des Vereins für Psychologie und Psychotherapie. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

- Thomas Röper: **Das Young-Global-Leaders-Programm des WEF ist ein Projekt der CIA**

In den USA ist ein sehr gut recherchierter Artikel erschienen, der aufzeigt, dass [das Young-Global-Leaders-Programm des WEF keine Erfindung von Klaus Schwab](#), sondern ein Nachfolgeprogramm eines ähnlichen CIA-Projektes ist, das seinerzeit von Henry Kissinger gegründet wurde. Die USA haben in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg proaktiv viele solcher Programme ins Leben gerufen, um potenzielle junge ausländische Führungskräfte auszubilden und sie in Machtpositionen zu bringen, so dass bald kein Land der Welt mehr vor der von der CIA gesponserten politischen Infiltration sicher war.

Thomas Röper legt die Entwicklung detailliert dar, die ursprünglich als Konkurrenz zu den mehrgleisigen Ausbildungsstrategien der Kommunistischen Internationale stattgefunden hat. Das erste WEF-Programm für junge globale Führungskräfte wurde 1992 ins Leben gerufen. In der ersten Gruppe nahmen bekannte Staatsoberhäupter wie Angela Merkel [Deutschland], Victor Orban [Ungarn], Nicholas Sarkozy [Frankreich], Guy Verhofstadt [Belgien], Lee Hsien Loong [Singapur], Cyril Ramaphosa [Südafrika] José Maria Aznar [Spanien], aber auch namhafte Wirtschaftsführer wie Bill Gates [Microsoft], Richard Branson [Virgin Group], Larry Summers [Weltbank, NEC] und Edgar Bronfman [Jüdischer Weltkongress] teil.

Thomas Röper, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● GFP: Europas Standards

Vor dem Hintergrund der UN-Klimakonferenz in Sharm el Sheikh nimmt die Kritik an den doppelten Standards der westlichen Mächte – auch Deutschlands – weltweit zu. Es gehe nicht an, dass die europäischen Staaten Vorhaben zur Öl- und Gasförderung in Afrika ablehnten, sofern diese wie etwa in der Demokratischen Republik Kongo der Deckung des afrikanischen Eigenbedarfs dienten, dass sie parallel aber gleichartige Vorhaben unterstützten, wenn sie wie etwa im Senegal Europa versorgten, heißt es in einem aktuellen Namensartikel von Yoweri Museveni, dem Präsidenten Ugandas: “Wir werden nicht eine Regel für sie, eine andere aber für uns akzeptieren.”

Identische [Kritik an europäischen Versuchen, den Ländern Afrikas eine Abkehr von Öl und Gas zu diktieren](#), zugleich aber selbst die Nutzung von Kohle als Energieträger wieder zu intensivieren – etwa in Deutschland – wird schon seit Monaten laut. Zudem wächst die Verachtung dafür, dass der Westen von der Welt Unterstützung im Ukraine-Krieg fordert, zugleich aber Kriege, die seine Interessen nicht tangieren, ignoriert und Flüchtlinge, wenn sie nicht aus der Ukraine kommen, an den EU-Außengrenzen ertrinken oder erfrieren lässt.

[German-Foreign-Policy](#) (GFP), eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

[Inhalt](#) ↑

● Werner Kirstein: Klimawandel - Realität, Irrtum oder Lüge

Der Physiker und Klimageograph Werner Kirstein setzt sich in seinem [Buch “Klima-Wandel. Realität, Irrtum oder Lüge”](#) eingehend mit den naturwissenschaftlichen Prozessen der regionalen und globalen Klimavariabilität auseinander. Dabei erklärt er weitgehend ohne Mathematik und Physik die Fakten zu den “Brennpunkten” beim Klimawandel. Er deckt dabei auch nicht haltbare Aussagen zum postulierten menschengemachten Klimawandel auf, wie z.B. den angeblichen kausalen Zusammenhang zwischen CO₂ und Temperatur sowie die Lügen und Irrtümer der Politik auf.

Im [Interview mit Milena Preradovic](#) gibt uns Kirstein einen verständlichen, mit Diagrammen hinterlegten Einblick in sein Wissen und seine Analysen. Für Kirstein wird das Thema Klima intensiv genutzt, um den Menschen zwecks Beherrschung Angst zu machen (Video, 28m20).

Am 22.10.2019 sprach [Kirstein über den Klimawandel, seine Bedeutung für die Menschen und die möglichen Folgen](#). Sein Vortrag wird in dem Video von OstsachsenTV wiedergegeben (57m35).

Nicht nur Kritik an der Begründung für den angeblich menschengemachten Klimawandel, sondern auch an der Scheinheiligkeit der im Hinblick auf den Klimawandel geforderten Ökopolitik scheint berechtigt (Red.):

Während nicht einmal die vereinbarten 100 Mrd. Dollar zusammenkommen, um benachteiligte Länder beim Klimawandel zu unterstützen, wird weltweit jährlich offiziell mehr als 2'100 Mrd. Dollar in den Militärssektor investiert. Für Bernhard Trautvetter wird die Scheinheiligkeit der

Ökologiepolitik der Staaten der Welt, allen voran der USA, darin sichtbar, dass die USA bei den Kyoto-Verhandlungen eine Nicht-Berücksichtigung der vom Militär verursachten Klimaschädigungen in den Klimabilanzen durchgesetzt haben. Laut Experten könne nur eine Senkung der Militärausgaben zu den notwendigen Reduzierungen dieser Form der Umweltschädigung führen. [Ohne den Einbezug des Militärs ist keine Ökologiepolitik nachhaltig.](#) Zumal die militärischen Arsenale neben der Ressourcenvernichtung auch zur Eskalation von Spannungen und damit weiterer Umweltschädigung führen.

[Werner Kirstein](#), Jg. 1946, schloss sein Studium in Physik im Fach Theoretische Thermodynamik und in der Physischen Geographie im Fach Klimatologie ab. Er leistete diverse Forschungsarbeiten und machte Veröffentlichungen zum regionalen und globalen Klimawandel. Insgesamt arbeitet er [seit über 40 Jahren als Klimageograph](#) auf dem Gebiet der Klimavariabilität mit zahlreichen Veröffentlichungen zu diesem Thema. Seit seinem Ruhestand hält er viele Vorträge auf Internet-Plattformen und bei Veranstaltungen. (Red.)

[Inhalt](#) ↑